

Bericht zum Online-Dialog „Nachhaltige Kita- und Schulverpflegung – eine politische Aufgabe“ des Projektes Gutes Essen macht Schule am 2.6.2021

Ist eine nachhaltige Kita- und Schulverpflegung auch eine politische Aufgabe? Sind politische Vorgaben für die Kita- und Schulverpflegung legitim und notwendig? Diese Fragen diskutierten wir in einem Online-Dialog am 2.6.2021 mit einem großen Spektrum unterschiedlicher Akteure, u.a. aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung.

Etwa 50 Teilnehmer*innen folgten den Einführungsinputs von Julia Sievers (Leiterin des Projektes Gutes Essen macht Schule) und von Jura-Professor José Martinez von der Uni Göttingen. Julia Sievers wies zu Beginn auf die großen Herausforderungen hin, vor die uns die Klimakrise, die planetaren Grenzen und die gesundheitlichen Folgekosten einer nicht nachhaltigen Ernährung stellen und dass ein Ernährungssystemwandel dringend notwendig sei. Sie zeigte auf, wie die Kita- und Schulverpflegung einen wichtigen Beitrag für die Ernährungswende leisten kann und plädierte dafür, dass Politiker*innen durch entsprechende Vorgaben mit gutem Beispiel vorangehen. Professor Martinez erläuterte die Empfehlungen des Gutachtens „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“, das er als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz mitverfasst hat. Das Gutachten beinhaltet unter anderem die Empfehlung, den DGE-Qualitätsstandard verbindlich für die Kita- und Schulverpflegung vorzugeben – auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene – und die Kita- und Schulverpflegung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Professor Martinez erläuterte, wie aus dem Grundgesetz ableitbar sei, dass eine nachhaltige Kita- und Schulverpflegung eine staatliche Erziehungsaufgabe sei. „Der Staat ist in seinem Verantwortungsbereich Schule und Kita berechtigt und aktuell sogar aufgrund der erheblichen Defizite verpflichtet, seiner Erziehungsaufgabe aktiv durch die Errichtung und Pflege einer nachhaltigen Schul- und Kitaversorgung nachzukommen“, so Martinez. Das moderne Vergaberecht ermögliche zudem ausdrücklich die Verankerung von Nachhaltigkeitsstandards in Ausschreibungen und Verträgen für die Kita- und Schulverpflegung.

In einem Interview mit der Moderatorin Dr. Tanja Busse erzählte Christoph Bier, Leiter des Referates Ernährung im saarländischen Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, von den Erfahrungen in Saarland, wo der DGE-Qualitätsstandard 2013 verpflichtend für Kitas und Schulen eingeführt wurde. „Wenn wir genussfähige Erwachsene wollen, die mit Lust und Freude ihr Essen genießen, müssen wir schon früh mit dem Training beginnen. Da gewinnen sie alle. Und darum geht's ja auch.“ Die Vorgabe, dass der DGE-Qualitätsstandard umgesetzt werden muss, wurde im Saarland in einem Förderprogramm, das die Finanzierung der Nachmittagsbetreuung sicherstellt, verankert. Vorausgegangen war ein 4-jähriger Prozess, um verschiedene Akteure zu überzeugen. „Der Schlüssel zum Erfolg ist die wertschätzende Kommunikation mit all denen, die von dem Vorhaben betroffen sind“, so Bier. Man müsse die eigenen Motive offenlegen, Fakten nennen, auf die man sich bezieht und alle Akteure ernst nehmen. Herr Bier erläuterte, dass durch die verpflichtende Einführung des DGE-Qualitätsstandards keine zusätzlichen Kosten entstanden sind. Denn durch die im DGE-Qualitätsstandard vorgesehene Begrenzung des Fleischeinsatzes auf einmal pro Woche lassen sich sogar Kosten reduzieren.

In der folgenden Diskussion mit Politiker*innen aus Schleswig-Holstein wurde breite Unterstützung für verbindliche Nachhaltigkeitsvorgaben für die Kita- und Schulverpflegung deutlich.

„Ich würde mir Mehrheiten dafür wünschen, das im Kitagesetz zu implementieren. Das wäre der einfachste und klarste Weg“, sagte Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Bisher sei die Sorge vor steigenden Kosten als Hindernis wahrgenommen worden. Daher sei es sehr spannend, von Herrn Bier zu hören, dass das Essen durch die Einführung des DGE-Qualitätsstandards nicht teurer geworden ist. „Das gibt uns die Gelegenheit, nochmal einen Vorstoß zu machen, um die DGE-Kriterien in das Kitagesetz aufzunehmen“, so Eka von Kalben. Sie betonte, dass der DGE ein Mindeststandard sei und durch Vorgaben für mehr bio und regional ergänzt werden sollte, da in den DGE Qualitätsstandards hierzu keine Mindestforderung oder konkrete Ziele benannt werden.

Auch Kirsten Eickhoff-Weber, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag betonte die Dringlichkeit für Nachhaltigkeitsvorgaben und plädierte dafür, klarer und offener darüber zu reden. Die Aufgaben seien groß und vielfältig, da die Strukturen in den Einrichtungen auch sehr unterschiedlich seien. „Mir ist wichtig, dass wir in aller Entschiedenheit überall da wo es möglich ist, vorangehen“, betonte Kirsten Eickhoff-Weber.

Frau Hildebrand, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck, bewertete Vorgaben für die Kita- und Schulverpflegung kritischer – das Thema Nachhaltigkeit beim Essen sei komplex und schwierig. „Wenn man mit der Keule draufhaut, kommt man nicht weiter“, so Hildebrand. Gleichzeitig stimmte sie zu, dass ein „Rahmenkatalog“ für die Schulverpflegung sinnvoll sei.

Sophie Bachmann von der Fraktion Die Linke in der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sprach sich sehr deutlich für verbindliche Nachhaltigkeitsstandards in der Kita- und Schulverpflegung aus. „Ich denke, dass das nicht den einzelnen überlassen werden kann“ kommentierte Sophie Bachmann. Ihre Fraktion habe bereits einen Antrag gestellt, dass der DGE-Qualitätsstandard in die Qualitätskriterien der städtischen Kitas aufgenommen wird – sie hoffe nun auf Zustimmung durch die anderen Fraktionen.

„Wir sind auf jeden Fall auch für verpflichtende Standards und würden es begrüßen, wenn wir das auf Landesebene bekommen“, bestärkte Katja Menz von der GAL Wähler*innengemeinschaft in Lübeck. Menz wies darauf hin, dass für die städtischen Kitas bereits beschlossen wurde, dass 50% des Essens aus biologischem Anbau stammen müssen. Es sei interessant zu hören, dass andere Städte sich das Ziel gesetzt haben, langfristig 100% Bio-Lebensmittel einzusetzen. Katja Menz berichtete, dass die Preise in Lübeck von Einrichtung zu Einrichtung sehr unterschiedlich seien. „Ich bin dafür, dass Essen überall gleich viel kostet bzw. am besten kostenlos wäre. Damit alle Kinder ein gesundes Essen bekommen, auch die Kinder von Eltern, die wenig verdienen.“

Die Frage, ob das Essen an Kitas und Schulen kostenlos sein sollte, wurde kontrovers diskutiert, letztlich gab es aber breite Zustimmung dafür. „Wenn wir Schulverpflegung als Element von Ernährungs- und Verbraucherbildung sehen, gestalten und pädagogisch begleiten, dann muss das Mittagessen beitragsfrei sein, weil Bildung in Deutschland beitragsfrei ist“ – so fasste Christoph Bier das Argument für kostenlose Schulverpflegung zusammen.

Bei der Diskussion zur Frage, was in einem Jahr bzw. in 5 Jahren erreicht werden kann, wurde ein Spannungsfeld zwischen großem Tatendrang und der Notwendigkeit, die

Ernährungswende schnell voranzubringen einerseits und der Erkenntnis, dass Veränderungen Zeit brauchen andererseits, deutlich.

Julia Sievers plädierte in ihrem abschließenden Statement dafür, die Einführung des DGE-Qualitätsstandards dafür zu nutzen, parallel auch konkrete Ziele für Bio-Lebensmittel einzuführen. Denn die Kostensenkung durch die Reduzierung des Fleischeinsatzes biete ein großes Potenzial, die Erhöhung des Anteils an Bio-Lebensmitteln kostenneutral umzusetzen. „Diese Chance verstreicht, wenn man zunächst nur den DGE-Qualitätsstandard einführt und dann ein paar Jahre abwartet, bevor man verpflichtende Bio-Anteile einführt“, erläuterte Julia Sievers.

Am Ende der Veranstaltung zeigte sich, dass die Argumente für verbindliche Nachhaltigkeitsvorgaben für die Kita- und Schulverpflegung auch eine große Mehrheit der Teilnehmer*innen – darunter auch Caterer und Kitaleitungen sowie weitere politische Akteure – überzeugt haben. Während zu Beginn der Dialogveranstaltung laut Umfrage 84% der Teilnehmer*innen für verbindliche Vorgaben waren, befürworteten am Ende der Veranstaltung 97% der Teilnehmer*innen solche Vorgaben. Am höchsten war die Zustimmung für die verbindliche Umsetzung des DGE-Qualitätsstandards gefolgt von der Zustimmung für einen Mindestanteil an Bio-Lebensmitteln. Nach dem Auftakt-Dialog mit dem Schwerpunkt DGE-Qualitätsstandard widmen sich die folgenden Dialogveranstaltungen des Projektes Gutes Essen macht Schule weiteren Schwerpunktaspekten zum Thema nachhaltige Kita- und Schulverpflegung.

Hinweis: Die nächste Dialogveranstaltung ist für Ende September geplant zum Thema „Bio-Städte – Pioniere für eine nachhaltige Kita- und Schulverpflegung“. Aktuelle Terminhinweise finden Sie unter folgendem Link: <https://www.agrarkoordination.de/projekte/gutes-essen-macht-schule/>

Kontakt: Julia Sievers, julia.sievers@agrarkoordination.de, Tel.: 040/39 25 26